Montag, 14. Januar. № 2. 1867. — 4. Jahrgang.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7 3/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Warum sich das Volk an den Wahlen betheiligen muß.

In wenigen Wochen soll das ganze Volk an den Wahltisch treten, um selbst die Abgeordneten zu wählen, welche die Verfassung des norddeutschen Bundes berathen sollen. Das ist nach verständiger Auffassung ein wichtiges Werk, zu dem das Volk berufen ist, und wenn die Einen sagen, der norddeutsche Bund sei da, und die Zusammenfassung der Militärmacht durch Preußen zum Schutze dieses Bundes sei gesichert, so daß dem Volke, oder vielmehr seinen Vertretern nicht mehr viel zu thun übrig bleibe, so ist dies eine ebenso falsche Auffassung wie die Behauptung, daß der Ersatz eines einigen Deutschlands durch den norddeutschen Bund doch nur ein ungenügender sei, und daß es sich daher garnicht lohne, sich an diesem Bau, der doch keine dauernde Schöpfung sein werde, zu betheiligen.

Um zuerst diesem letzteren Einwand entgegenzutreten, so muß allerdings das Streben eines jeden guten Patrioten darauf gerichtet sein, ein einiges Deutschland zu schaffen, aber wer ein einiges Deutschland will, der muß auch jeden Schritt auf der Bahn, der zu diesem Ziele führt, mitmachen. Thut er das nicht, so würde er mit Schuld daran sein, wenn ein solcher Schritt mißlingt, und wenn der Schritt nicht genau in der Richtung gethan wird, welcher zu dem ersehnten Ziele führt, so wird ihn auch mit vollem Recht der Vorwurf treffen, daß er nicht das Seinige dazu gethan hat, daß der Schritt in der zweckmäßigsten Weise gemacht werde. Da nun dieser norddeutsche Bund, wenn seine innere Verfassung dem deutschen Volksgeiste entspricht, offenbar ein sehr wichtiger Schritt auf der Bahn zur deutschen Einheit ist, so muß jeder, der in Wahrheit nach der deutschen Einheit strebt, sich nach Kräften an der Konstituirung desselben betheiligen.

Diese Betheiligung kann aber das Volk in seiner Gesammtheit in diesem Augenblicke nur durch eine rege Theilnahme an den Wahlen zeigen, und es kommt nur darauf an, daß diese Theilnahme auch in der richtigen Weise ausgeübt werde.

Man wird, wie wir schon Anfangs gesagt haben, vielfach dem Volke einflüstern, daß seine Theilnahme nicht mehr nöthig sei, daß der norddeutsche Bund ja schon fest begründet sei, und daß alles, was zum Schutze desselben nach außen nöthig sei, auch ohne jedes Zuthun des Volkes geschehe. Wer das meint, der hat aber keine richtige Vorstellung von dem, was das Volk von dem norddeutschen Bunde verlangen muß, wenn derselbe in Wahrheit ein Uebergang zur Einigung des ganzen Deutschlands sein soll.

Der norddeutsche Bund soll seinen Angehörigen nicht nur Schutz nach Außen, er soll ihnen auch die Freiheit nach Innern gewähren, und er soll das Volk fähig machen, daß es den Schutz nach Außen nachdrücklich ausüben kann.

Damit dies geschehen kann, ist vor allem nothwendig, daß die Verfassung des norddeutschen Bundes solche Bestimmungen enthält, welche die Freiheit im Innern auf das allerbestimmteste gewährleisten. Diese Gewährleistung geschieht am sichersten durch die Aufnahme der deutschen Grundrechte in die Verfassung des norddeutschen Bundes. In diesen Grundrechten ist alles das enthalten, wodurch jede Volksfreiheit geschützt wird, und es muß daher das Streben der vom Volke gewählten Vertreter sein, daß diese Grundrechte jetzt endlich nach fast zwei Jahrzehnten zur Geltung in Deutschland gelangen.

Wenn aber so die Freiheit im Innern gewährleistet ist, so muß auch dafür gesorgt sein, daß das Volk im Stande ist, diesen Staat, in welchem es der vollen Freiheit genießt, nachhaltig zu vertheidigen. Zu diesem Zwecke wird, wie wir wissen, ein einheitliches Heer hergestellt, welches nach dem preußischen System, das sich in dem letzten Sommer so glänzend bewährt hat, organisirt wird. Aber genügt ein solches Heer allein zum Schutz des Vaterlandes? Muß hinter solch einem Heere nicht auch ein Volk stehen, welches willig und fähig ist, die größten Opfer zum Schutze des Vaterlandes zu bringen?

Daß das preußische, daß das norddeutsche Volk willig sein wird, solche Opfer zu bringen, ganz besonders, wenn die Verfassung des norddeutschen Bundes die Freiheit im Innern verbürgt, daran zu zweifeln fällt uns gewiß nicht ein, aber es frägt sich, ob dasselbe auch dazu fähig sein wird. Damit es fähig sei zu solchen Opfern, wie sie möglicher Weise ein Vertheidigungskrieg gegen unsere feindlichen Nachbarn fordern kann, muß der Wohlstand des Volkes auf das sorgfältigste geschont und gepflegt werden, und muß darauf gesehen werden, daß die Steuern nicht die Entwickelung desselben hemmen. Nun soll in Friedenszeiten ein Heer unterhalten werden, welches 1% der Bevölkerung beträgt, und es soll jeder Staat für den gestellten Mann 225 Thlr. jährlich beitragen. Es macht dies auf den Kopf der Bevölkerung jährlich einen Beitrag zum Militär von 2 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., d. h. eine jede Familie von durchschnittlich fünf Personen muß jährlich für die Erhaltung des Militärs 11 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. bezahlen. Rechnet man, und wir nehmen dabei die preußischen Budgets der letzten Jahre als Norm an, etwa 30% der Staats-Ausgaben auf das Militär, so fallen auf jede Familie 37 Thlr. 15 Sgr. Staatsausgaben, welche sie an Steuern aufbringen muß.

Eine solche Durchschnittssumme scheint uns zu hoch, als daß sich dabei der Wohlstand des Volkes stetig und sicher entwickeln könnte, und es wird daher Aufgabe der zu wählenden Vertreter sein, eine Herabsetzung dieser Summe zu erwirken.

Wir denken, dieser Punkt allein ist wichtig genug, um das Volk zu bestimmen, sich recht zahlreich am Wahltisch einzufinden, und solchen Männern seine Stimme zu geben, von denen er überzeugt ist, daß sie danach streben, die dem Volke aufzulegenden Lasten möglichst niedrig zu halten. Möge Niemand, wenn er in späterer Zeit über die Steuern seufzt, welche er zu zahlen hat, sich sagen müssen: **Du bist selbst Schuld daran, warum hast Du am Wahltage nicht Deine Schuldigkeit gethan.**

Politische Wochenschau.

Preußen. Am 7. d. M. nahm das Abgeordnetenhaus seine Sitzungen wieder auf. Der erste Gegenstand war die Berathung des Gesetzes über eine bessere Stellung der Invaliden und der Hinterbliebenen der Soldaten. Obgleich durch dasselbe gewiß noch nicht alle Wünsche, welche in dieser Beziehung erhoben werden, befriedigt werden, so wird doch durch dasselbe die Lage der Invaliden und der Wittwen und Waisen unserer Soldaten ganz wesentlich gegen früher verbessert, und fand das Gesetz daher keinen Widerspruch. Die Abgg. Harkort und Bunsen brachten die Mißstände zur Sprache, welche in den Invalidenhäusern sich noch finden, und steht nach der Aeußerung des Kriegsministers v. Roon zu erwarten, daß denselben womöglich abgeholfen werden wird. Der Abg. Frentzel, welcher gegen das Gesetz sprach, weil er dasselbe für ungenügend hält, ganz besonders in Hinblick auf die reichliche Dotation, welche das Haus an an einzelne Minister und Generale bewilligt habe, erklärte schließlich, daß er dennoch für dasselbe stimmen werde, um den Invaliden nicht diese Vermehrung ihrer Einkünfte zu entziehen.

In dem folgenden Theil der Sitzung und in der am Mittwoch stattfindenden Sitzung beschäftigte sich das Haus mit einer Regierungsvorlage, durch welche die Bestimmung, daß die vereideten Mäkler keine schriftlichen Aufträge annehmen dürfen, aufgehoben werden soll. Die Gesetz-Vorlage wurde abgelehnt, indem man in dieser Erweiterung der Befugnisse der vereideten Mäkler eine Befestigung dieses Instituts sah, während dasselbe sich überlebt hat, und der freie Verkehr eine Beseitigung desselben verlangt. — Ein Gesetz-Entwurf, betreffend die Aufhebung der Schlacht- und Mahlsteuer in der Stadt Wittstock gab Gelegenheit zu einer Besprechung dieser Steuer überhaupt, und sprachen sich alle Redner über das Unrichtige dieser Besteuerung aus. — In derselben Sitzung wurde noch ein Gesetz, betreffend die Bestrafung wegen der widerrechtlichen Aneignung an Bernstein, und ein Gesetz, betreffend die Regelung der direkten Besteuerung in Hohenzollern angenommen.

In der Sitzung am Sonnabend stand die zweite Berathung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Art. 69 der Verfassung (Bestimmung der Zahl der Abgeordneten) auf der Tagesordnung. Der Abg. v. Gerlach (Gardelegen) sprach sich gegen die Annahme dieses Gesetzes aus, weil nicht gleichzeitig eine Vermehrung des Herrenhauses in Aussicht genommen sei. Der Redner blieb mit seiner Ansicht ganz allein, und wurde das Gesetz in zweiter Instanz unverändert angenommen.

In der Mittwochsitzung hat der Abgeordnete Paur folgende Anträge eingebracht:

1) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, nachfolgendem Gesetzes-Entwurf seine Zustimmung zu geben: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden rc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags für den Umfang der Preußischen Monarchie, was folgt: § 1. Berichte von den öffentlichen Sitzungen des Reichstages zur Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes durch die Presse, insofern sie wahrheitsgetreu erstattet werden, bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei". Motiv: Der Mangel einer gleichen gesetzlichen Bestimmung zum Schutze wahrheitsgetreuer Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstages, wie sie in § 38 des Preßgesetzes von 1851 für die Verhandlungen der beiden Häuser des Preußischen Landtages gegeben ist.

2) Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, nachfolgendem Gesetzentwurf seine Zustimmung zu geben: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden rc., verordnen mit Zustimmung beider Häuser des Landtags für den Umfang der Preußischen Monarchie, was folgt: § 1. Die in Preußen gewählten Mitglieder des Reichstages zur Berathung der Verfassung des Norddeutschen Bundes erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Diäten nach Maßgabe der für die Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses üblichen". Motive: Das Interesse einer wirklich freien Ausübung des Wahlrechtes, so wie die seit Erlaß des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes in mehreren dazu gehörigen Staaten erfolgte Bewilligung von Diäten und Reisegeldern für die Mitglieder des Reichstages, und die in einem großen Theile des Preußischen Volkes durch diese Ungleichheit hervorgerufene Mißstimmung und Unsicherheit bezüglich der nahe bevorstehenden Wahlen.

Wie man vernimmt, stimmt die Regierung dem ersten Antrage bei, während sie dem zweiten entgegentreten wird.

Die Kommission des Herrenhauses, welche sich mit der Berathung des Gesetzes über die Vermehrung der Zahl der

Abgeordneten beschäftigte, hat sich anfänglich weder für Annahme noch für Ablehnung des Gesetzes ausgesprochen. Nachdem jetzt das Gesetz im Abgeordnetenhause in zweiter Lesung angenommen worden, ist die Kommission von Neuem zur Berathung zusammengetreten. In den Regierungskreisen hofft man auf Annahme des Gesetzes.

Die Vorbereitungen zu den Parlamentswahlen gehen ihren ruhigen Gang; am 15. d. M. beginnt im ganzen Lande die Auslegung der Wahllisten, welche acht Tage dauert. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, sich zu überzeugen, ob sie in die Wahllisten eingetragen sind, da ihnen sonst ihr Wahlrecht verloren geht.

In den verschiedenen Wahlbezirken beschäftigt man sich schon ernstlich mit der Aufstellung der Kandidaten. Es ist dringend zu wünschen, daß sich alle liberalen Wähler eines jeden Kreises über einen bestimmten Kandidaten verständigen. — Von einigen Wahlkreisen ist an den Grafen **Bismarck** die Frage gerichtet worden, ob er eine Kandidatur annehmen wolle; derselbe hat jedoch ablehnend geantwortet, da ihn seine amtliche Thätigkeit verhindere.

Oesterreich. Das Patent, welches von neuem in den österreichischen Ländern diesseits der Leitha eine Art von Constitution einführen soll, findet unter den Deutschen einen immer entschiedener hervortretenden Widerstand. Es scheint, daß dieselben endlich an den Ungarn und Siebenbürgern gelernt haben, wie man nur durch zähes Festhalten an seinem Recht und durch Zurückweisung aller schönen Versprechungen endlich doch das volle Recht zur Geltung bringen kann. Wahrscheinlich werden sie alle ihre Anstrengungen darauf richten, um zu verhindern, daß die einberufene Versammlung, welche die Deutschen ganz entschieden unterdrücken würde, beschlußfähig wird.

Eine Ausgleichung mit Ungarn scheint wieder in sehr weite Ferne gerückt zu sein, es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob die Regierung sich auf die Polen und Slaven stützen will; damit hängen die Gerüchte über Truppenansammlungen in Rußland an der galizischen Grenze eng zusammen, indem Rußland bei einer zu sehr hervortretenden Begünstigung der Polen in Galizien einen neuen Aufstand in Russisch-Polen fürchten muß.

Frankreich. Vor einigen Monaten wurde in Paris mit großem Geräusch eine Anzahl von jungen Leuten in einem Kaffeehaus verhaftet. Die Regierung gab sich damals den Anschein, als ob es sich um eine höchst gefährliche Verschwörung handle, welche die Existenz des Staates bedrohe. Jetzt haben die gerichtlichen Verhandlungen stattgefunden, und sind die damals Verhafteten und einige ihrer Freunde zu 3 bis 15 monatlicher Gefängnißhaft verurtheilt worden.

In Korea hat die französische Expedition eine Niederlage erlitten; natürlich wird in den offiziellen Berichten von großen Erfolgen gefabelt, aber die Expedition kehrt zurück, ohne das Geringste erreicht zu haben. — Die Truppen aus Mexiko sollen sämmtlich im Frühjahr nach Frankreich zurückkehren.

Italien. Nach den neuesten Nachrichten soll sich der Papst endlich nach langem Zögern zu neuen Verhandlungen mit der italienischen Regierung entschlossen haben. Dieselben sollen auf Grundlage der Freiheit der Kirche geführt werden.

Nord-Amerika. Endlich haben die Bemühungen des Präsidenten Johnson, alle Anstrengungen der Repräsentanten zur vollständigen Durchführung der Sclaven-Emanzipation zu vereiteln, die Geduld der Volks-Repräsentanten erschöpft, und es ist beschlossen worden, den Präsidenten in Anklagezustand zu versetzen.

Neueste Nachrichten.

Die rumänische Angelegenheit soll nach dem gegenwärtigen Vorschlage der Westmächte durch identische Noten geregelt werden, welche in Konstantinopel mitgetheilt, von der dem Fürsten zu Hohenzollern ertheilten Investitur Akt nehmen. In der orientalischen Frage im Allgemeinen sollen, wie die „Köln. Ztg." mittheilt, Erklärungen der Mächte in Konstantinopel bevorstehen.

In **Pest** ist aus Wien ein an den Pester Bürgermeister und sämmtliche ungarischen Behörden gerichteter Erlaß herabgelangt, laut welchem die Militärloskaufstaxe bis auf weitere Weisung fortwährend anzunehmen ist. — (Die österreichische Finanzverwaltung braucht so nothwendig Geld, daß ihr auch dieses Mittel, ihre Kassen etwas zu füllen, passend erscheint.)

Florenz, Sonnabend 12. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer ist der Gesetzentwurf bezüglich der zu Abgeordneten nicht wählbaren Personen angenommen worden.

Der Finanzminister Scialoja hat wegen eines Unglücksfalles in seiner Familie das finanzielle Exposé bis nächsten Mittwoch vertagt. — Montag wird der Anhang des Budgets in der Kammer vertheilt werden.

Pest, Sonnabend 12. Januar. Nachmittags. Der von Deak vorgelegte Adreßentwurf, welcher am 15. zur Berathung gelangt, beklagt, daß auf den Gebieten der Legislative und Exekutive fortdauernd und jetzt neuerdings durch eine auf die Zukunft sich erstreckende Verordnung absolute Gewalt über die heiligsten Interessen schalte. Das Recht der Feststellung des Wehrsystems sei eine Lebensbedingung der ungarischen Verfassung wie jedes Konstitutionalismus, auf welche das Land nicht verzichten könne. Die über das Wehrsystem jüngst erlassene kaiserl. Verordnung sei eine neue thatsächliche Negierung dieses Rechtes. Wenn die gegenwärtige Lage eine wesentliche Umgestaltung des Wehrsystems beanspruche, so sei dies ein neuer Grund, die suspendirte Verfassung sofort wiederherzustellen. Das Land sei bereit, das Wehrsystem den Bedürfnissen und der Situation des Landes entsprechend zu gestalten, könne aber Verfügungen, die desfalls ohne Einwilligung des Reichstages getroffen, als berechtigte nicht ansehen.

Aus Berlin.

= Aus dem Berliner Vereinsleben. Die Bezirksvereine haben im Laufe dieser Woche mit wenigen Ausnahmen die Agitation und Vorberathungen für die bevorstehenden Wahlen zum norddeutschen Parlament in erhöhtem Maße fortgesetzt.

Den Reigen eröffnete der Maschinenbauarbeiter-Verein, auf dessen Veranstaltung eine Anzahl Wähler des VI. Reichswahlbezirks sich am Sonntag Vormittag im Schäfer'schen Saale in der Albrechtstraße versammelt hatten. Der Versuch der Kandidatur von Schulze-Delitzsch in diesem Wahlbezirk, den er bereits zum großen Theil im Abgeordnetenhause vertritt, durch Aufstellung anderer Kandidatur entgegenzutreten, scheiterte an dem gesunden Sinne der Arbeiter, die Schulze's Verdienste um ihr Wohl am Besten zu würdigen wissen. Nach lebhafter Diskussion entschied sich die überwiegende Majorität der Versammlung für die Kandidatur von Schulze-Delitzsch im 6. berliner Reichswahlbezirk.

Montag, 7. Januar fanden in allen Theilen der Stadt Versammlungen von Bezirksvereinen statt, die sich meist mit der Wahl von Vertrauensmännern beschäftigten. Im Halleschen Thor-Bezirksverein hielt der Abg. Lasker einen

längeren Vortrag über die Parlamentswahlen, der eine Ausführung der von den Freunden des Redners, den Abgeordneten von Hennig und Twesten in ihren Briefen ausgesprochene Grundsätze war. Der Redner setzte das bekannte Programm der nationalen Partei auseinander, das namentlich in dem Satze wurzelt, daß die Wendung, welche die Ereignisse genommen, zu einem deutschen Einheitsstaate drängen. Er erklärte sich gegen die Ausschließung der Beamten von dem Parlamente, gegen die Diätenlosigkeit, gegen das Normal-Militär-Budget, wodurch das ganze Budgetrecht so gut wie begraben werde, ferner gegen eine Bundesverfassung, die, während sie die materiellen Interessen wahrt und fördert, von Volks- und politischen Rechten nichts weiß.

An demselben Tage wurden in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung der Wähler der zum I. Reichstags-Wahlbezirke gehörigen Stadtbezirke 17 bis 22, 24, 25 u. 29 nach einer sehr lebhaften Debatte, an der sich u. A. die Herren Dr. Göschen, Redakteur Oppenheim und Dr. Rosenberg betheiligten und die in dem Grundsatz gipfelte, daß die zu wählenden Abgeordneten kein Titelchen der verbrieften Volksrechte aufgeben dürften, 90 Vertrauensmänner gewählt, die sich mit den übrigen Vertrauensmännern des I. Wahlbezirks über den geeigneten Kandidaten zu vereinigen haben werden.

Auch der Bezirksverein am Dönhofsplatz ernannte Vertrauensmänner, welche zugleich den Auftrag erhielten, in Verbindung mit anderen Vertrauensmännern der betreffenden Bezirke schleunigst eine Wählerversammlung des II. Wahlbezirkes zusammenzuberufen.

Die Wähler des 106. Stadtbezirks beschäftigten sich in einer sehr zahlreichen Versammlung ebenfalls mit den Wahlvorbereitungen und nahmen als Grundlage derselben die von der Volksversammlung in der Turnhalle beschlossene Resolution an.

Am Mittwoch Abend vereinigte sich bereits eine Anzahl von Vertrauensmännern aus dem II. Wahlbezirke zu einer Vorbesprechung, die nach einer kurzen Diskussion dahin führte, daß das von den Vertrauensmännern des 31. Stadtbezirks vorgeschlagene Verfahren angenommen wurde, die Zahl der Vertrauensmänner aus jedem Stadtbezirk zu ergänzen und das durch sämmtliche Vertrauensmänner gebildete provisorische Comité mit Einberufung einer allgemeinen Wählerversammlung zu beauftragen.

An demselben Abend wurden von den Bezirken 5—8 im Streich'schen Lokale je 10 Vertrauensmänner für jeden Stadtbezirk gewählt. Die Annahme der in der Turnhalle beschlossenen Resolution wurde abgelehnt und beschlossen, die Vertrauensmänner frei zu wählen. Bei der Wahl der Abgeordneten, wurde ausgeführt, müsse darauf gesehen werden, daß die Kandidaten Männer wären, die den Rechten und Freiheiten des Volkes nichts vergäben, und dabei den gegebenen Thatsachen Rechnung trügen und in dieser Richtung sei auch bei der Wahl der Vertrauensmänner zu verfahren.

In dem Bezirksverein der Stadtbezirke 142, 143, 152 und 153 hielt Montag Abend der Abg. Groote einen Vortrag in Betreff des Verhältnisses Preußens zu Deutschland, wobei er von einigen Mitgliedern vom Standpunkt der nationalen Partei aus interpellirt wurde. Der Vorsitzende, Herr W. Angerstein wurde von der zahlreich besuchten Versammlung beauftragt, Schritte zur Einberufung einer Versammlung des V. Reichstagswahlbezirks zu thun.

Noch müssen wir schließlich eines Vortrages Erwähnung thun, den an demselben Abend der Abg. Jung im Friedrich-Werderschen Bezirksverein hielt und in welchem er seinen Standpunkt in der Dotationsfrage zu rechtfertigen suchte. Die Versammlung schien indeß von den beigebrachten Gründen nicht sehr überzeugt zu sein, wie wenigstens die aus ihrer Mitte sich erhobenen Widersprüche bewiesen.

In der nächsten Woche werden wir wahrscheinlich bereits in der Lage sein, über das Resultat der Vertrauensmänner- und Wählerversammlungen in den einzelnen Bezirken zu berichten und die Namen der Kandidaten zu nennen, über welche sich jeder Wahlbezirk geeinigt hat.

= Ueber die Finanzlage zweier Unternehmungen, welche das Interesse des Publikums lebhaft in Anspruch nehmen, liegen Mittheilungen vor. Wie die „Börsen-Ztg." berichtet, wird die Pferdebahn-Gesellschaft gar keine Dividende, die Omnibus-Gesellschaft 5% Dividende zahlen. Ersteres muß bei der Zweckmäßigkeit der Pferdebahn und bei der starken Benutzung derselben im Sommer billig in Erstaunen setzen, und spricht nicht sehr für die Verwaltung, noch mehr muß man sich aber darüber wundern, daß die Omnibus-Gesellschaft ihren Aktionären auch nur einen Pfennig Dividende zahlen kann. Wer das Omnibuswesen mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt, wer die fortwährenden Aenderungen in den Linien, wer die Seltenheit der Wagen auf einzelnen Linien kennt, wer außerdem Gelegenheit gehabt hat, bei einer Tour am Abend plötzlich weit ab vom Endpunkt der Linie aussteigen zu müssen, weil der Omnibus nicht weiter fährt, und wer schließlich die Erfahrung gemacht hat, daß ein eben gelöstes Korrespondenz-Billet vom nächsten Omnibus-Kondukteur für ungültig erklärt wird, der sollte meinen, daß es nur noch wenige Leute in Berlin giebt, welche die Omnibusse benutzen. Das mitgetheilte Resultat der Geschäftsthätigkeit der Omnibusgesellschaft zeigt, daß dem nicht so ist, aber es giebt uns auch die Lehre, daß das Publikum kein Recht hat, sich über die vorkommenden Unbequemlichkeiten zu beklagen, denn nur durch Nichtbenutzung der Omnibusse kann es eine Aenderung herbeiführen.

Vermischtes.

† Wie groß die Nachtheile der Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und Arbeitern sind, sieht man aus einer, neuerdings angestellten Berechnung, nach welcher bei den Arbeitseinstellungen in den Eisenwerken in England allein an Lohn 2 Millionen Thaler für die Arbeiter verloren gegangen sind. Die Unterstützungen der Arbeitervereinigung erstreckte sich nur auf etwa 3000 unter den 10,000 beschäftigungslosen Arbeitern, und überschritten nicht 65,000 Thlr., so daß ein klarer Schaden von 1,935,000 Thlr. übrig bleibt. Die Mehrzahl der Arbeiter hatten nicht die geringste Beihülfe und waren der größten Noth, den härtesten Entbehrungen ausgesetzt. Zu ihrem Verluste kommt indessen noch ein weiterer Schaden von 8½ Mill. Thlr. für den Distrikt, während dieser 19 Wochen, der jedenfalls den Geschäftsleuten in der empfindlichsten Weise fühlbar geworden ist. Unter den Verlusten in zweiter Linie steht der Uebergang der Kundschaft an andere Produzenten, sowie Herabsetzung von Lohn und Arbeitszeit und die daraus folgende geringere Ausbeute des angelegten Kapitals mit allen ihren Folgen für den Fabrikanten und alle, die mehr oder weniger mit dem Eisengeschäfte in Verbidung stehen. Dazu kommen noch Einflüsse auf den Arbeitsmarkt. Manche geschickte Unterarbeiter sind befördert worden, und die Zahl der aus anderen Distrikten herübergenommenen Arbeiter überwiegt bei weitem die Zahl derjenigen, die den Distrikt verlassen haben.

Verlag von Alexander Jonas in Berlin. — Druck von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortl. Redakteur u. Herausgeber: Dr. Lewinstein in Berlin.